

Wohnungseinbruch*

Summary

167 136 flat burglaries in 2015 in Germany and an increase about 15 030 cases from 2014 to 2015 testify from no good police achievement. In the article it is shown with the help of the data from 1957 to 2015 that differently than from police trade unions maintained an increase of the policeman's amount lowers the clear-up rate (correlation $r = -0.9$), as well as raises the flat burglaries ($r = 0.6$). On an average 2 police-men have 1 year time to solve a flat burglary which does not succeed to 85%.

Keywords: Apartment burglaries, domestic burglary, clearance rate, relationship of fence, overtime

Résumé

167 136 irruptions de logement 2015 en Allemagne et une montée près de 15 030 cas de 2014 à 2015 ne témoignent d'aucune bonne performance de police. Par la suite on montre grâce aux données de 1957 à 2015, contrairement que des syndicats de police de manière affirmée une montée du nombre de policier baisse le quota d'éclaircissement (la corrélation $r = -0,9$) et aussi les irruptions de logement fait monter ($r = 0,6$). En moyenne 2 policiers ont pendant 1 an du temps éclaircir une irruption de logement, mais dont 85% échouent.

Mots-clés: Cambriolage de logement, quota d'éclaircissement, délit de relation, conversation de police sérieuse, heure supplémentaire

I. Einleitung: Mehr Polizei und weniger Aufklärung 1953/57 bis 2015

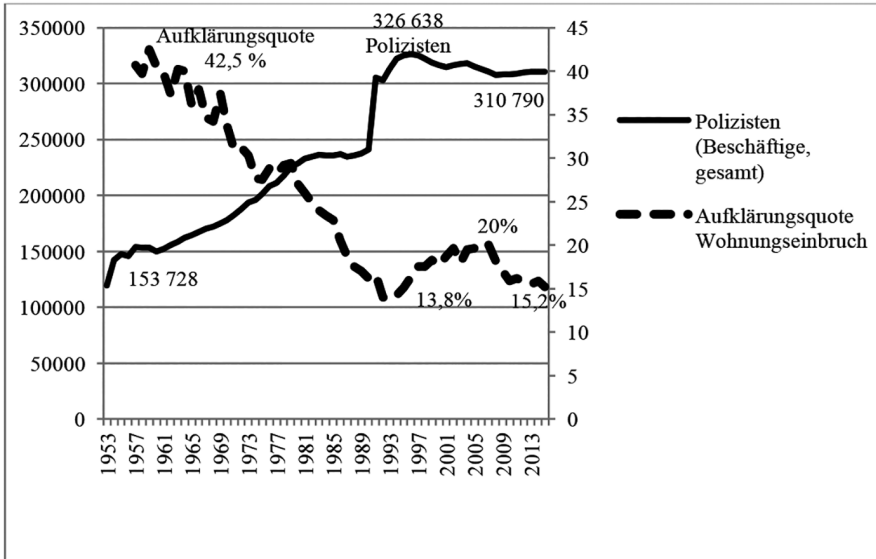
In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 stehen 167 136 Wohnungseinbrüche. Gegenüber dem Jahr 2006 mit 106 107 Wohnungseinbrüchen ist das ein Zuwachs um 61 029. Beim Vergleich mit dem Maximumjahr 1993 mit 227 090 Wohnungseinbrüchen ergibt sich aber immer noch ein Rückgang um 59 954. Der Wohnungseinbruch steigt 2015 kräftig um 15 030 Fälle an, obwohl seine Bekämpfung im Zentrum polizeilicher Arbeit steht. Nachfolgend soll erklärt werden, was bei der kriminalpolitischen und kriminalistischen Behandlung des Wohnungseinbruchs falsch läuft.

Im Zusammenhang mit dem Wohnungseinbruch wird von vielen Stellen (Politikern, Gewerkschaften) eine Erhöhung der Anzahl der Polizeibeamten gefordert. Aber anders als von Deutscher Polizeigewerkschaft und Gewerkschaft der Polizei behauptet, reduziert mehr Polizei weder die Wohnungseinbrüche noch die Aufklärung. Vielmehr zeigen die Fakten sowohl im zeitlichen Längsschnitt als auch regionalen Querschnitt das Ge-

* Dr. Birger Antholz ist Kriminologe aus Hamburg.

genteil. Zunächst sei hier die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch und die Anzahl der Polizisten seit den 1950er Jahren betrachtet:

Abbildung 1: Zunehmende Polizistenanzahl korreliert negativ $r = -0,9$ mit abnehmender Aufklärungsquote



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistiken 1990 bis 2015 Tabelle Aufklärungsquote; PKS 1989, S. 224 für Aufklärungsquoten-Zeitreihe 1953 bis 1989; Polizeibeschäftigte laut Emails vom Statistischen Bundesamt vom 23.7.2013, 27.8.2014 (enthielt falsche Angabe von 310749 Polizisten für 2013, die später vom Statistischen Bundesamt korrigiert wird), 9.9.2015, 21.7.2016

Die Graphen von Polizisten (Beschäftigte, insgesamt) und Aufklärungsquote von Wohnungseinbruch verlaufen gegenläufig. In den 1950er Jahren treffen hohe Aufklärungsquoten von über 40% auf nur 150 000 Polizisten. Die Anzahl der Polizisten wird bis 1996 auf 326 638 mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum fällt die Aufklärungsquote von 43% (1959) auf unter 14% (1993) auf ein Drittel des Ausgangsniveaus. Von den 1950er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre ist klar erkennbar, dass jeder zusätzliche Polizist die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch verschlechtert hat. Nach einem beispiellosen Fall der Aufklärungsquote von 1959 42,5% auf 1993 13,8% steigt die Aufklärungsquote 1993 bis 2007 wieder auf 20,0% an. Das geht einher mit einem Abbau der Polizei von 1996 326 638 auf 2008 307 890 Polizisten. 2008 bis 2015 steigen die Polizistenzahlen wieder von 307 890 auf 310 790. Prompt fällt die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch von 2007 20,0% auf 2015 15,2%. Der Zusammenhang ist eindeutig. Man kann eine Korrelation zwischen 1957 und 2015 ausrechnen. Der Korrelationskoeffizient ist $-0,9$, d.h. die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch fällt umgekehrt proportional zur Polizistenzunahme. Der Korrelationskoeffizient ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,00% signifikant. Auch wenn die Polizeigewerkschaften in den Medien

permanent ihr Mantra wiederholen dürfen, mehr Polizei würde helfen, die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl zu erhöhen; das komplette Gegenteil ist richtig.

Von 1959 bis 1996 gibt es 173 201 Polizisten zusätzlich. Die Aufklärungsquote fällt von 42,5% auf 13,8%. Wenn man es absolut sieht, dann steigt die Anzahl unaufgeklärter Wohnungseinbrüche von 1959 auf 1993 um 150 009 Fälle an. Gleichzeitig werden 159 712 Polizisten mehr eingestellt. Es gibt in der zeitlichen Entwicklung fast eine 1 zu 1 Parität: ein zusätzlicher Polizist läuft parallel zu einem zusätzlich nicht aufgeklärten Wohnungseinbruch. Die 159 712 zusätzlichen Polizisten kosten 9,5 Mrd Euro im Jahr,¹ d.h. auf jeden nicht aufgeklärten Wohnungseinbruch kommen Kosten des Steuerzahlers in Höhe von 63 754 Euro.

Erst ein Polizeiabbau von 18 748 Polizisten von 1996 bis 2008 lässt die Aufklärungsquote um 6,2 Prozentpunkte steigen. Als sich die Polizeigewerkschaften wieder durchsetzen und seit 2008 bis 2015 die Polizei wieder um 2900 Beschäftigte ausgebaut wird, fällt die Aufklärungsquote von 20,0% auf 15,2%. Dass mehr Polizei die Aufklärungsquote verschlechtert, wird auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistiken von 1957 bis 2015 und der Polizeipersonalstärke 1953 bis 2015 also aus 59 Auswertungsjahren ermittelt. Das empirische Gewicht dürfte um einiges stärker sein, als die aus Eigeninteresse vorgetragenen Polizeithesen.

Im Folgenden werden weitere Mythen beim Wohnungseinbruchdiebstahl aufgelöst. Mehr Polizei hilft nicht, Wohnungseinbruch zu verhindern, wie die Polizeigewerkschaften behaupten. Ein regionaler Vergleich zeigt, dass der Wohnungseinbruch umso häufiger auftritt, je höher die Polizeidichte ist. Des Weiteren werden die Gerüchte, hinter dem zunehmenden Wohnungseinbruch stecken nur georgische Großbanden, behandelt. Bei der Besprechung der Kriminalistik des Wohnungseinbruchs wird klar, warum viel Polizei kontraproduktiv wirkt. Außerdem wird sich mit der Polizeigewerkschaftstheese auseinandergesetzt, wegen polizeilicher Überlastung wäre ein Kümmern um jeden Wohnungseinbruch und deren kriminalistische Behandlung nicht möglich.

1 *Nordrhein-Westfalen* kalkuliert für die 49 565 Polizisten (Angaben vom Statistischen Bundesamt für 2015) im Haushalt 2016 2,968 Mrd Euro, d.h. rund 60 000 Euro pro Polizist und Jahr. $2,968 \text{ Mrd} \times 159 712 / 49 565 \times 150 009 = 63 754$.

II. Verlauf des Wohnungseinbruchdiebstahls



Beim Verlauf der Anzahl der Wohnungseinbrüche kann man drei Phasen unterscheiden. Von den 1950er Jahren mit 25 612 Wohnungseinbrüchen gibt es einen fast durchgehenden Anstieg bis 1993 auf 227 090 Fälle um das Zehnfache. Danach erfolgt ein Rückgang bis 2006 auf 106 107 Wohnungseinbrüche. Der Anstieg und Rückgang ergibt sich analog zum Gesamtkriminalitätsverlauf national wie international. Die graphische Kurve verläuft entlang der Oberseiten eines Dreiecks bzw. Dachs und ähnelt dem griechischen Großbuchstaben Λ (Lambda), weswegen man von einem Λ -Verlauf der (Wohnungs-)Kriminalität sprechen kann.² Aber anders als bei Delikten wie Mord oder schwerer Diebstahl gibt es ab 2006 einen erneuten Anstieg. Weil diese Entwicklung konträr zum sonstigen Crime drop ist – die Mordopfer fallen von 2006 808 weiter auf 589 in 2015 – ist der Wohnungseinbruch eines der wenigen Beispiele für das Versagen kriminalpolitischer und polizeilicher Arbeit.

III. Georgische Einbrecherbanden oder Beziehungsdelikt?

Die Aufklärungsarbeit der Polizei lässt sich im Jahre 1971 genau überprüfen. In diesem Jahr wird die Polizeiliche Kriminalstatik von einer Eingangs- auf eine Aufgangsstatistik umgestellt. D.h. im Jahre 1971 ist die Aufklärungsarbeit der Polizei einmal komplett messbar. Was zeigt sich? 1970, als die Polizei die Wohnungseinbrüche direkt bei der Anzeigenaufnahme in die Statistik eingibt, ist die Aufklärungsquote beim Wohnungs-

2 *Antholz*: Λ -Kriminalitätsverlauf, Fehlende Dunkelfeldforschungskontinuität in Deutschland?, *Die Polizei* 105 (2014), 281ff; *Antholz*: Lambda-Verlauf der Heranwachsendenkriminalität, *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* (ZJJ) 2014, 230ff.

einbruch 33,8%. 1971 findet zuerst die Aufklärungsarbeit der Polizei statt und erst bei Abgabe der Akte an die Staatsanwaltschaft wird das Formblatt für die Kriminalstatistik ausgefüllt. Man würde deshalb vermuten, dass die Aufklärungsquote höher als die 33,8% vom Vorjahr liegt. Tatsächlich ist die Aufklärungsquote 1971 aber auf 31,0% um 2,8 Prozentpunkte gefallen. D.h. die Polizei hat im Verlaufe ihrer Arbeit nicht mehr Tatverdächtige herausgefunden, sondern im Gegenteil die Anzahl der Tatverdächtigen reduziert.

Ganz anders als man bisher annimmt, besteht die Polizeiarbeit beim Wohnungseinbruchdiebstahl nicht darin, einen unbekanntem Einbrecher zu fassen, sondern Falschverdächtigungen des Anzeigenden 'Opfers' zu entkräften. In knapp der Hälfte der aufklärten Wohnungseinbrüche nennt das Opfer einen Tatverdächtigen bzw. ist vor Beginn der Ermittlungsarbeit ein Tatverdächtiger bekannt.³

Hintergrund ist, dass Wohnungseinbruch meist falsch eingeschätzt wird. Das Kriminologische Forschungsinstitut hat durch Auswertung von 3668 Gerichtsakten herausgefunden, dass es bei 42,6% aller Tatverdächtigen eine Beziehung zu mindestens einem Mitglied des geschädigten Haushalts gibt. Von diesen Vorbeziehungen sind 27% der Ex-Partner oder Verwandte.⁴ Eine getrennte Wohnbeziehung, bei der der Getrennte versucht, seine Sachen aus der Wohnung zu holen (die ihm vermutlich sogar zustehen), Bekannte oder der Nachbar sind der Hintergrund von 43% der Tatverdächtigen in der KFN-Aktenanalyse. Demgegenüber stehen in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 nur 455 georgische Tatverdächtige, welches auf die 167 136 Wohnungseinbrüche eine Quote von 0,3% bedeutet. Zunehmende Single-Haushalte, Wohngemeinschaften (und deren Zu- und Abgänge), eine hohe Trennungsrate bei Partnerschaften und Bekanntschaftstretereien im Devianz-Milieu könnten für die Zunahme des Wohnungseinbruchdiebstahl eine höhere Relevanz haben, als die üblicherweise verdächtigten osteuropäischen Banden vom Balkan oder aus Georgien.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015, S. 80, wird angeführt, dass 46% der Tatverdächtigen aus der Tatortgemeinde, weitere 10% aus dem Landkreis und weitere 20% aus dem gleichen Bundesland stammen. Nur 8% der Tatverdächtigen kommen aus dem Ausland. Unter der Annahme, dass das Bundeskriminalamt hier die richtigen Zahlen nennt, wäre es entsprechend unangebracht, nur ausländische Banden für die Steigerung der Wohnungseinbrüche verantwortlich zu machen. Trotz der Zuwanderung von 890 000 Flüchtlingen 2015 befinden sich nur 72 Tatverdächtige aus Syrien in der Polizeistatistik beim Wohnungseinbruch für 2015; Afghanistan und Iran werden in der Tatverdächtigen-Länderliste noch nicht einmal in der PKS aufgeführt. Mehrheitlich – zu 55% – handeln Wohnungseinbrecher bei den aufgeklärten Fällen der PKS 2015 allein, welches die These von den als Großgruppen agierenden Einbrecherbanden auch nicht erhärtet.

3 *Dölling*: Polizeiliche Ermittlungstätigkeit und Legalitätsprinzip. Eine empirische und juristische Analyse des Ermittlungsverfahrens unter besonderer Berücksichtigung der Aufklärungs- und Verurteilungswahrscheinlichkeit. Wiesbaden 1987, 182 f.

4 *Dreißigacker/Wollinger/Blauert/Schmitt/Bartsch/Baier*: Wohnungseinbruch: Polizeiliche Ermittlungspraxis und justizielle Entscheidungen im Erkenntnisverfahren. Ergebnisse einer Aktenanalyse in fünf Großstädten, Hannover 2016, 55 f.

IV. Je mehr Polizei, desto mehr Wohnungseinbrüche

Nach der Herkunft der Tatverdächtigen in der PKS 2015 ist Wohnungseinbruch ein vor Ort verursachtes Delikt, weswegen städtische Regionen wie Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Bremen automatisch höhere Einbruchquoten aufweisen. Gering besiedelte Regionen wie Deutschlands Osten haben entsprechend viel weniger Wohnungseinbrüche. Den 62 362 Einbrüchen im NRW stehen nur 14 486 Wohnungseinbrüche in den fünf neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gegenüber.

Kawelovski stellt fest, dass 39% der verurteilten Wohnungseinbrecher dem Opfer bekannt sind.⁵ Weil der Wohnungseinbruch zu rund einem Drittel ein Beziehungs-Trennungs-Delikt (inklusive Verwandtschaftsstreits) ist, hat z.B. NRW mit einer Scheidungsziffer von 379 mehr Wohnungseinbrüche als Bayern mit einer Scheidungsziffer von 340 (geschiedene Ehen von 1000 in ersten 25 Jahren).⁶ Deutschlands Polizei macht hingegen ausländische Einbrecherbanden für den Wohnungseinbruch verantwortlich. Mit dieser Ausländerbanden-These wäre es aber kaum erklärlich, warum Bayern mit 43 092 Euro Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sechsfach weniger Wohnungseinbrüche als das arme NRW mit 36 509 Euro BIP pro Kopf (in 2015) hat. Reisende ausländische Einbrecherbanden würden eher die reichen bayrischen Haushalte ansteuern.

Statt der Ausländerbanden-These tritt beim Bundesländervergleich wieder ein schon in der Einleitung erwähnter Erklärungs-Faktor für die regionale Verteilung der Wohnungseinbrüche auf. Je mehr Polizei ein Land hat, umso höher ist dort die Anzahl der Wohnungseinbrüche. Um das auf einen Blick nachzuvollziehen, werden die Bundesländer nach der Anzahl der Wohnungseinbrüche pro 100 000 Einwohner (1. Spalte) geordnet und direkt daneben die Anzahl der Polizisten pro 100 000 Einwohner notiert (2. Spalte).

5 *Kawelovski*: Von Söhnen, Liebhabern und anderen Einbrechern. Der Wohnungseinbruch und seine Verfolgung durch Polizei und Justiz, Mülheim an der Ruhr 2012, 42.

6 Statistisches Bundesamt: Scheidungsstatistik 2014, Wiesbaden 15.12.2015, 43.

Tabelle 1: Wohnungseinbruchsfrequenz und Polizeidichte 2015

Land	Wohnungseinbrüche pro 100 000 Einwohner	Polizisten pro 100 000 Einwohner	Polizisten pro km ²	Wohnungseinbrüche in 2015	Polizisten in 2015	Fläche in km ²	Einwohner 2015
Bremen	535	493	7,79	3544	3265	419	661 888
Hamburg	511	557	13,01	9006	9820	755	1 762 791
Nordrhein-Westfalen	354	281	1,45	62 362	49 565	34 110	17 638 098
Berlin	341	673	26,16	11 815	23 335	892	3 469 849
Schleswig-Holstein	299	292	,52	8456	8260	15 802	2 830 864
Saarland	246	330	1,27	2437	3265	2569	989 035
Niedersachsen	212	305	,50	16 575	23 895	47 615	7 826 739
Hessen	190	303	,87	11 595	18 460	21 115	6 093 888
Brandenburg	181	349	,29	4436	8580	29 654	2 457 872
Rheinland-Pfalz	178	312	,63	7125	12 505	19 854	4 011 582
Sachsen-Anhalt	125	361	,39	2795	8060	20 452	2 235 548
Baden-Württemberg	114	283	,85	12 255	30 315	35 751	10 716 644
Sachsen	105	333	,73	4257	13 520	18 420	4 055 274
Mecklenburg-Vorpommern	95	356	,25	1521	5700	23 214	1 599 138
Thüringen	69	337	,45	1477	7270	16 202	2 156 759
Bayern	59	320	,57	7480	40 565	70 550	12 691 568

Quelle: Email Statistisches Bundesamt vom 21.7.2016; PKS 2015 kurz, 22, 80.

Bei der Häufigkeit der Wohnungseinbrüche, gemessen in Wohnungseinbrüche pro 100 000 Einwohner, liegen die Länder Bremen, Hamburg und Berlin in der Spitzengruppe mit 341 bis 535 Wohnungseinbrüchen pro 100 000 Einwohner. Die Polizeidichte dieser drei Bundesländer ist mit 493 bis 673 Polizisten pro 100 000 Einwohner die höchste in der Republik. Am Ende der Wohnungseinbruchsskala liegen Länder wie Baden-Württemberg oder Bayern, die rund 300 Polizisten pro 100 000 Einwohner aufweisen. Je mehr Polizisten ein Bundesland hat, desto mehr Wohnungseinbrüche gibt es also. Die Korrelation ist 0,598, die Irrtumswahrscheinlichkeit 1,4%.

Der auch von Politikern öffentlich gern vorgetragene Vorschlag, eine Erhöhung der Polizeidichte im öffentlichen Raum würde den Wohnungseinbruch reduzieren, ist angesichts dieser Zahlen nicht haltbar. Er wirkt noch unreflektierter, wenn man sich die dritte Spalte anschaut. Hier stehen die Polizisten pro Quadratkilometer. Das ist ein In-

dikator für die Polizeipräsenz, also z.B. wie viele Polizisten man im öffentlichen Raum pro Straßenkilometer sehen könnte. Der Blick sei zunächst auf die Bundesländer gerichtet, die wenig Polizei in der Fläche aufweisen, d.h. die im unteren Tabellenbereich liegen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es einen Viertel Polizisten pro Quadratkilometer, also die geringste Polizeipräsenz in der öffentlichen Fläche in Deutschland. Der Wohnungseinbruch liegt mit 95 Fällen pro 100 000 Einwohner sehr niedrig. Ähnlich Bayern mit 0,57 Polizisten pro Quadratkilometer und der niedrigsten Wohnungseinbruchsdichte Deutschland – nur 57 Einbrüche pro 100 000 Einwohner. Wenn man in der Tabelle jetzt nach oben geht, kommen oben Bundesländer mit 1 Polizisten und mehr pro Quadratkilometer. Das Saarland 1,27 oder NRW 1,47 weisen ein Mehrfaches der Polizeidichte von Mecklenburg-Vorpommern und Bayern auf. Das geht einher mit einer erhöhten Wohnungseinbruchsfrequenz, die im Saarland bei 246 und in NRW bei 354 Wohnungseinbrüchen pro 100 000 Einwohner liegt. Berlin weist mit 26 Polizisten pro Quadratkilometer eine Polizeipräsenz im öffentlichen Raum auf, die 105-mal höher liegt als in Mecklenburg-Vorpommern. Das Resultat ist, dass Wohnungseinbrüche 3,5mal häufiger in Berlin passieren. Die Korrelation zwischen Polizeipräsenz in der Fläche/ öffentlichen Raum und Wohnungseinbruch ist 0,577, die Irrtumswahrscheinlichkeit 1,9%. Der Bundesländervergleich zeigt ganz eindeutig: je mehr Polizei im öffentlichen Raum auftritt, desto häufiger passieren dort Wohnungseinbrüche.

V. Polizeiarbeit bei der Wohnungseinbruchs-Aufklärung

Warum läuft beim Wohnungseinbruch so viel falsch? Anhand der Zeitreihen 1953 bis 2015 kann gezeigt werden, dass mehr Polizei die Aufklärungsrate beim Wohnungseinbruch reduziert. Im Bundesländervergleich ergibt sich, dass Wohnungseinbrüche umso häufiger auftreten, je mehr Polizei eingesetzt wird. Beides spricht dafür, dass mehr Polizei kein Vorteil beim Wohnungseinbruch ist. Die durch Polizeiüberkapazitäten entstehende Polizei-Fehlleistung sei anhand der Kriminalistik des Wohnungseinbruchs verdeutlicht.

Die Polizei macht überregional agierende Einbrecherbanden aus Ost/Südosteuropa für die Wohnungseinbrüche verantwortlich. Sie selber agiert aber noch nicht einmal deutschlandweit koordiniert. Es gibt für den Wohnungseinbruch 10 verschiedene IT-Systeme. Viele Bundesländer agieren ohne bundesweite Zusammenarbeit. Das führt dazu, dass ein Wohnungseinbrecher gar nicht mehr weiterverfolgt werden kann, wenn er die Grenze eines Bundeslandes überschreitet. Wenn in Hamburg das Kennzeichen eines Wohnungseinbrechers ermittelt wird, z.B. durch Videoaufnahmen des betroffenen Hauseigentümers, kann dieser Wohnungseinbrecher in einem anderen Bundesland mit dem gleichen Einbrecherauto als unbeschriebenes Blatt seine Tatserie fortsetzen. Es existieren zwischen den Länderpolizeien keine systematische Vernetzung und Informationsaustausch (Ausnahmen nur bei den kleinen Ländern). Diese polizeiliche Fehlkoordination liefert internationalen Einbrecherbanden einen Freifahrtschein. Die 10-fach redundante Bereithaltung von IT-Systemen in Kombination mit den dahinter stehenden Polizeiexperten-Apparaten und der dadurch hervor gerufenen Unfähigkeit, Reisebewegungen von Einbrecherbanden zu verfolgen, ist ein Beispiel dafür, dass mehr Polizei weniger bewirkt. Wenn man weniger Personal zur Verfügung hätte, würde man

eine bundesweite Vernetzung der Polizeiaktivitäten beim Wohnungseinbruch realisieren und die Polizei könnte mit weniger Personal mehr Wohnungseinbrüche aufklären.

In der PKS 2015, 74, steht, dass 87% der Tatverdächtigen beim aufgeklärten Wohnungseinbruch schon vorher polizeibekannt sind. Davon sind laut *Kawelovski* (bei ihm sind 85% schon polizeibekannt), 38% schon vorher als Einbrecher polizeilich oder gerichtlich aufgefallen.⁷ D.h. die potentiellen Täter sind keine Unbekannten. Man bräuchte also nur entsprechend auf diese zukünftigen, der Polizei aber schon bekannten Täter einwirken, und diese von weiteren Taten abbringen. Dabei erweist sich eine direkte Gefährderansprache bei potentiellen Einbrechern als effektiv. Anders als bei Islamisten, die durch eine harte polizeiliche Hand erst in die Radikalisierung getrieben werden, besteht bei Einbrechern Unrechtsbewusstsein und ein ernstes Polizeigespräch hält diese – so die polizeilichen Erfahrungswerte⁸ – von den nächsten Taten ab.

Gefährderansprachen sind vielleicht auch deshalb so wirkungsvoll, weil mit einer DNA-Registrierung und dem kaum vermeidbaren Hinterlassen von Täterspuren an Tatorten (Hautpartikel, Haare) die Entdeckungswahrscheinlichkeit stark erhöht ist. Allerdings müssten dazu die DNA-Spuren an Tatorten auch gesichert werden. Das unterbleibt allerdings in vielen Fällen. Nur 2% der verurteilten Einbrecher werden über die DNA überführt. Auch die Fingerabdrücke werden nur mangelhaft erhoben und führen nur in 2% zum verurteilten Täter.⁹ Fehlkoordination ist, dass offensichtlich die normalen Schutzpolizisten, die zuerst zu einem Wohnungseinbruch kommen, die Technik der DNA-Sicherung oder daktyloskopischen Spurensicherung nicht beherrschen, kein Watetstäbchen mit Schutzröhre/-tüte oder einen Spurensicherungskoffer dabei haben, sich die DNA-Spurensicherung nicht zutrauen oder es falsche organisatorische Vorgaben in den Ländern gibt. Der Verweis von diesen, den Wohnungseinbruch erstaufnehmenden im Polizei-Jargon titulierten 'Beileids-Beamten' auf die für DNA-Sicherung spezialisierte Kriminalpolizei bzw. den Erkennungsdienst, der dann aber doch nicht kommt, führt zur fehlenden DNA-Spurensicherung. Weil nicht ein einzelner Polizist die DNA Spuren sichert, sondern mehrere Polizisten/Abteilungen dafür zuständig sind, unterbleibt die Spurensicherung. Gäbe es weniger Polizeipersonal, würde der erstaufnehmende Polizist auch die DNA-Sicherstellung übernehmen.

Eine Untererfassung von DNA-Tatortspuren steht umgekehrt polizeilicher Übereifer bei der DNA-Registrierung von Personen gegenüber. Ende Juni 2016 stehen 857 666 Personendatensätze in der DNA-Datei des Bundeskriminalamtes (bei nur 293 681 Spurendatensätzen). Monatlich kommen 9400 neue Datensätze hinzu. Wenn es sich um einen Wohnungsbeziehungsstreit, bei der z.B. ein 'falscher' Schlüssel benutzt wird, handelt, sollte kein Personen-DNA gespeichert werden wie es eigentlich auch die Rechtsgrundlage § 81 g StPO nahelegt, die für eine DNA-Registrierung vorschreibt, dass zukünftig Straftaten von erheblicher Bedeutung von dieser Person zu erwarten sein müssen.

Die Polizei schöpft die technischen Möglichkeiten der Mobilkommunikation nicht aus, die es der Polizei jetzt schon erlauben würde, die Täter schnell zu ermitteln. 45% der Tatverdächtigen agieren zu zweit oder mehreren. Man kann davon ausgehen, dass

7 *Kawelovski*: (Fn 5), 44 f.

8 *Zand-Vakili*: Polizei-Offensive: Zahl der Einbrüche deutlich gesunken, Welt, 20.12.2014, 26.

9 *Kawelovski*, (Fn 5), 81, 88.

es dabei zu drei Konstellationen kommt. Erstens steht ein Gehilfe 'Schmiere', während der andere in die Wohnung einbricht. Weil der Gehilfe den Einbrecher warnen können will, haben beide die Handys während des Einbruchs eingeschaltet. Wenn beide gemeinsam agieren, könnte in dem Einbruchshaus während der Einbruchszeit die Existenz zweier Mobilfunkhandys, die nicht mit den Handys der Wohnungseigentümer übereinstimmen, festgestellt werden. Bei anderen Tätern könnte es sein, dass 50 Meter vor dem Tatort zwei Handys plötzlich ausgeschaltet werden. Auch das kann ein Funknetzbetreiber beobachten. Kurzum: Über Handyortung könnte man einen Großteil der Wohnungseinbrüche aufklären. Das gilt vor allem für Einfamilienhausgegenden, in denen die Funkzellen wenig Überschneidung mit Nichtbetroffenen haben. Warum benutzt die Polizei diesen einfachen Ermittlungsweg nicht? Weil sie ihn technisch nicht beherrscht. Die Abfrage nach Mobilfunkdaten ist arbeitsintensiv. Man muss wissen wie man bei welchen Stellen anfragt. Es scheint so zu sein, dass kein professionelles Know-how bei der Polizei dafür aufgebaut wird. Jeder Polizist muss sich bei der Abfrage der Mobilfunkanbieter wieder neu in die Materie einarbeiten, anstatt dass zentrale Spezialisten bei der Polizei dafür eine Routine entwickelt haben. Bei der Handyortung, die man neuerdings durch Zusenden einer (geheimen) SMS leicht bewerkstelligen kann, ist schnelles polizeiliches Handeln gefordert. Startet die Polizei die SMS-Standort-Abfrage verspätet, reduzieren sich die Lokalisierungschancen.

Bei Smartphones läuft noch etwas anderes falsch. Wenn man einen Einbrecher stellt, hat dieser meist ein Smartphone dabei, in dem die angewählten Nummern der Vergangenheit und ein umfangreiches Adressbuch stehen. Sofern dieser Einbrecher Mitglied einer Bande ist, hat man auf einen Schlag das Netzwerk eines Einbrecherringes. Die Polizei ist aber nicht in der Lage, diese Informationen zu allen Mittätern abzuschöpfen und die Bandenstruktur aufzuklären, weil sie die jeweiligen Landessprachen nicht beherrscht. Wenn man ausländische Täterbanden als Hauptschuldige der Wohnungseinbrüche verdächtigt, läge es nahe Polizisten aus den Herkunftsländern z.B. Georgien, Albanien, Roma im Rahmen eines Austausches zur Hilfe zu holen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die gestohlene Ware. Handys, Tablets und WLAN-fähige Computer, Laptops und Notebooks kann die Polizei bei deren Wiederinbetriebnahme durch den Dieb oder nach einem Weiterverkauf der Hehlerware wiederentdecken. Erst nach der Silvesternacht in Köln kümmert sich die Polizei um die Ortung gestohlener Handys. Hier werden mangels genauer Kenntnisse die technischen Möglichkeiten überhaupt nicht ausgeschöpft. Handys, Tablets etc. sind auch bei Austausch der SIM-Karte ortbar; das gilt auch für eine Wiederinbetriebnahme im Balkan oder in Osteuropa.

Wohnungseinbruchsopfer haben gestohlenen Schmuck oder andere hochwertige Waren meist fotografiert und es gibt Identifikationsnummern (z.B. bei teuren Uhren). D.h. mit technischer Expertise könnte die Polizei diese Waren, wenn sie bei Ebay oder anderen Internetportalen eingestellt werden, sofort als Hehlerware entlarven und über den Internetaccount den Täter feststellen. Hier müsste die Polizei nur wissen, wie man einen koordinierten Suchlauf startet bzw. wie man Selbstüberprüfungen der Anbieter initiiert. Vielleicht könnte man den Auftrag zur Erlangung eines Programmes zur Schmuckerkennung zur Erkennung von Hehlerware in Internetportalen, ähnlich wie es Gesichtserkennungsprogramme gibt, an private Anbieter vergeben. Die IT-Abteilung des Bundeskriminalamtes ist selbst bei einfachsten Solutions überfordert, wie der BKA- bzw.

jetzt der Bundes-Trojaner oder die Umstellung am 1.8.2016 auf eine neue nicht funktionierte BKA-Homepage zeigen.

Südamerikanische Banden können die gestohlenen Waren nicht nach Hause transportieren, d.h. sie werden die gestohlenen Dinge, ähnlich wie die 13% drogenabhängigen Täter, an Hehler verkaufen. Auch hier könnte die Polizei ansetzen. Bei nicht wenigen An- und Verkaufsstellen würde schon ein vertieftes Gespräch mit einem Polizeibeamten dazu führen, dass diese keine 10 Handys auf einmal von einem Wohnungseinbrecher aufkaufen.

Von vielen Tätern gibt es Videoaufnahmen durch Cams der Hausbesitzer oder Aufnahmen ihrer Anreise in öffentlichen Nahverkehrssystemen. Man sollte zwar nur in besonderen Fällen eine öffentliche Fahndung starten (z.B. bei Schusswaffeneinsatz, der aber bei 40 mitgeführten Schusswaffen (PKS 2015, 74) auf 167 136 Wohnungseinbrüche gar kein Faktor ist), aber intern könnten die Aufnahmen zur Wiedererkennung weiterhelfen. Leider fehlt der Polizei auch hier die nötige technische Expertise, um Wohnungseinbrecheraufnahmen verwerten zu können. Die Hälfte der Täter, so die KFN-Erhebung, ist unter 23 Jahre. D.h. die meisten Täter dürften in sozialen Netzwerken mit Fotoprofil stehen. Man müsste als Polizei nur wissen, dass man mit der App 'FindFace' ein Matching erreicht (aus Datenschutzgründen in Deutschland aber nicht erlaubt). Weil es zu viele Polizisten gibt, 'wurschtelt' jeder Polizist diesbezüglich vor sich hin, ohne dass es den Aufbau von biometrischen Spezialwissen gibt, wie es bei einer verkleinerten Polizei aus purer Notwendigkeit zwangsläufig wäre. Facebook sagt, dass viele polizeiliche Anfragen daran scheitern, dass das Formular dafür von den Polizisten nicht richtig ausgefüllt wird

Selbst höchste Polizeianstrengungen zeigen, wie ineffektiv die Polizei arbeitet. 2015 wird in Hamburg eine Sonderkommission zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität eingesetzt. Trotz dieses hohen Polizeiextraaufwandes steigen die Wohnungseinbrüche in Hamburg von 2014 7490 auf 2015 9006 um 1516 (20,2%) an; das ist der höchste Anstieg aller Bundesländer. Beim Wohnungseinbruch Spitzenreiter Dortmund (Einbruch-Häufigkeitsziffer 578) arbeitet eine Ermittlungskommission nur gegen Wohnungseinbruch. 2014 zu 2015 steigt parallel zur Arbeit der Polizeisondertruppe die Anzahl der Wohnungseinbrüche von 2762 auf 3357 an, während die Aufklärungsquote von 11,8% auf 11,0% fällt. Es zeigt sich: Selbst die Erhöhung der Polizeibeamten, die sich speziell nur um Wohnungseinbrüche kümmern, wirkt kontraproduktiv und lässt die Anzahl der Wohnungseinbrüche anwachsen.

Wohnungseinbruch ist, anders als bei Internetkriminalität, eine klassische Kriminalität, die reichlich Spuren hinterlässt. Sie bietet Ansatzpunkte für vielfältige polizeiliche Ermittlungsarbeit. Eigentlich wäre es ein Leichtes, bei etwas polizeilichem Mitdenken und professionellerem Agieren einen Großteil der Wohnungseinbrüche aufzuklären und zukünftige Täter abzuschrecken. Eine Aufklärungsquote von 15,2% in 2015, die zu einem Großteil durch die anzeigenden Opfer geliefert wird, spricht dafür, dass die Polizei bei der Kriminalistik des Wohnungseinbruchs, also der Aufklärung des Wohnungseinbruchs, komplett versagt. Hauptgrund ist, dass statt einer effektiv arbeitenden Polizeiexpertentruppe, die weiß, wie man Funkzellen bei Wohnungseinbruchsorten abfragt und gestohlene Smartphones, Tablets, Laptops und Schmuck effektiv ortet (auch im Ausland) oder Gesichtserkennungsprogramme einsetzt, es in 16 Bundesländern zu viele Polizisten gibt, die ihr Handwerk nicht beherrschten. Viel Polizeipersonal ist eben

besonders ineffektiv, weniger Polizei würde die notwendige Professionalisierung bei der Wohnungseinbruchbekämpfung befördern.

VI. Diskussion: Keine Überlastung bei 0,5 Wohnungseinbrüchen pro Polizist und Jahr

Über ihre mangelnde Leistung bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs besteht bei der Polizei kaum eine Reflexion. 2014 lässt sie sich in den Medien für die Effizienz des neuen Computerprogramms „Precobs“, das Einbruchskriminalität auf wenige hundert Quadratmeter genau vorhersagen können soll, feiern: „Die Trefferquote liegt bei über 80%“. ¹⁰ Aber wozu das Eigenlob taugt, zeigt der Anstieg der Wohnungseinbrüche bundesweit um 15 030 von 2014 zu 2015. Das ist abgesehen von der Wiedervereinigung der dritthöchste Anstieg bei Wohnungseinbrüchen überhaupt. Wenn die Software so gut wäre wie von der Polizei behauptet, hätte die Polizei an den prognostizierten Einbruchsorten und -zeiten die Täter nur abzufangen brauchen. Trotz des offensichtlichen polizeilichen Versagens 2015 bei der Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität lässt sich die Polizei in einem anderen Bundesland bei der Einführung einer funktionsgleichen aber natürlich anderen Computersoftware „KrimPro“ zur Vorhersage von Wohnungseinbrüchen wieder mit „Prognosegenauigkeit... 80 Prozent“ bejubeln. Bis August 2016 ist die Anzahl der Wohnungseinbrüche trotz Einsatz dieser Software in zwei Polizeidirektionen in diesem Bundesland um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. ¹¹

Bei der Polizei klappen noch nicht einmal einfachste Ermittlungsansätze. Wenn es Tatverdächtige gibt, dann werden diese vom Opfer gleich genannt. „Diesem Verdacht wurde der Ansicht der Betroffenen nach in jedem zweiten Fall aber nicht ausreichend von der Polizei nachgegangen.“ ¹²

Es gibt eine Instanz, die die Leistung der Polizei beim Wohnungseinbruch bewertet: die Staatsanwaltschaft. Das KFN kann bei seiner Aktenanalyse feststellen, dass über zwei Drittel der Verfahren beim Wohnungseinbruch von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Der Großteil der Einstellungen erfolgt nach § 170 StPO, d.h. aus nicht hinreichendem Tatverdacht. „Dieser Anlass fehlte wiederum zu 93,0 % aus tatsächlichen Gründen, da die von der Polizei als tatverdächtig ermittelte Person nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht hinreichend verdächtig war, mithin kein genügender Anlass für eine Anklageerhebung bestand.“ ¹³ D.h. die von der Polizei als aufgeklärt an die Staatsanwaltschaft gemeldeten Fälle sind zu zwei Drittel gar nicht aufgeklärt. Dieses Urteil der Staatsanwaltschaft, also der Experten, lässt die Aufklärungsarbeit der Polizei noch zweifelhafter erscheinen.

Eine typische Ausrede der Polizei ist das Klagen über polizeiliche Überlastung. Dabei lässt sich leicht ausrechnen, dass bei 167 136 Wohnungseinbrüchen und 310 790 Poli-

10 *Elflein* u.a.: Einbrecherjagd 3.0, Focus 42/2014, 27.

11 *Anker*: Neuer Plan der Berliner Polizei: Mit digitaler Hilfe gegen Einbrecher, Berliner Morgenpost, 11.8.2016, 1.

12 *Dreifigacker/Wollinger/Blauert/Schmitt/Bartsch/Baier*: Wohnungseinbruch: Tat und Folgen. Ergebnisse einer Betroffenenbefragung in fünf Großstädten, Hannover 2014, 78.

13 *Dreifigacker/Wollinger/Blauert/Schmitt/Bartsch/Baier*, (Fn 4), 110.

zisten in 2015 auf einen Wohnungseinbruch 2 Polizisten kommen. D.h. zwei Polizisten haben ein Jahr lang Zeit, einen Wohnungseinbruch aufzuklären. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass auf einen Polizisten insgesamt 20 PKS-Anzeigen im Jahr kommen, dürfte eine Überlastungssituation anders ausschauen. Ein Staatsanwalt hat beispielsweise über 1104 PKS-Anzeigen im Jahr zu entscheiden und nicht 20 (5735 Staatsanwälte über 6 330 649 PKS-Fälle des Jahres 2015). Ein Arzt behandelt im Schnitt 45 Patienten – pro Tag¹⁴ und nicht 20 pro Jahr. Auch Ärzte und Staatsanwälte haben vielfältige organisatorische Zusatzarbeiten zu leisten und anders als beim polizeilichen Abheften einer Fahrraddiebstahlanzeige geht es bei Arztentscheidungen und Operationen um lebensentscheidende Eingriffe. Auf einen Polizisten kommt im Jahr ein halber Wohnungseinbruch, den er aufzuklären hat. In der Tabelle 1 ist im oberen Tabellenteil erkennbar, dass in den von Wohnungseinbruchdiebstahl höchstbetroffenen Regionen Bremen, Hamburg und NRW eine 1 zu 1 Relation von Polizist und Wohnungseinbruch nicht überschritten wird. Die 45 durchschnittlichen Patienten eines Arztes pro Tag summieren sich bei 230 Arbeitstagen auf 10 000 Patienten im Jahr. 10 000-mal im Jahr muss ein Arzt aus wenigen Anhaltspunkten eine Krankheit aufklären. Dass zwei Polizisten den ihnen zugewiesenen Wohnungseinbruch innerhalb eines Jahres zu 85% nicht aufklären können, ist kein Ruhmesblatt der Polizei.

Dass die Polizeigewerkschaften ihre Überlastungssituation mit einer Unzahl an sich häufenden Überstunden darstellen, ist ein weiterer Baustein in der Verschleierung schlechter Polizeiarbeit. Diese Überstunden sind nämlich gar nicht das Resultat einer Notwendigkeit, sondern entstehen meist aus absichtlicher Personalplanung. Hintergrund für diese künstlich produzierten Überstunden ist: abhängig von Bundeslandregelungen wird ein beträchtlicher Teil der Überstunden zusätzlich vergütet, z.B. mit +25%. D.h. die Polizei verschafft sich durch diese Überstunden eine Zusatzbezahlung. Die Überstundenzuschläge werden meist auch ausgezahlt, wenn ein Dienstfreizeitausgleich stattfindet.

Berlin hat mit 26 Polizisten pro Quadratkilometer eine Polizeidichte, die 90-fach höher als die Polizeidichte pro km² des umgebenden Brandenburgs ist (0,29). In den letzten Jahren hat die Polizei 1,1 Mio Überstunden in Berlin angesammelt.¹⁵ Was hat sie aber in all den Überstunden geleistet? Die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch liegt in Berlin bei 8,5% und damit nur halb so hoch wie der Bundesschnitt von 15,2%. Zur Aufklärung von Wohnungseinbrüchen sind diese Überstunden nicht eingesetzt worden.

Ein beträchtlicher Teil der Überstunden – die von höheren Dienststellen angeordnet werden – wird in Berlin vergütet. Das ist der Grund für ihr Entstehen. Zusätzlich sind sie ein Faustpfand für die Polizeigewerkschaften mehr Stellen zu fordern. Die Berliner Polizeidichte gemessen in Polizisten pro Fläche, d.h. die Präsenz im öffentlichen Raum, liegt 30-fach über dem Bundesschnitt: 26,16 verglichen mit 0,87 Polizisten pro Quadratkilometer.¹⁶ Analog zum Grundergebnis der Zahlenauswertung im Längs- und Querschnittvergleich zeigt Berlin dabei alle Folgen dieser sehr hohen Polizeiquote. Die

14 apn: Ärzte unter Druck: Nur acht Minuten pro Patient. Studie der Barmer-GEK, in taz-online, 19.1.2010, www.tz.de/welt/acht-minuten-patient-596912.html [5.8.2016].

15 *Gandzior*: Eine Million Überstunden bei Polizei. Berliner Beamte laut Gewerkschaft durch Mehrarbeit an Grenze der Belastbarkeit. 600 neue Stellen geplant, Berliner Morgenpost, 23.7.2016, 1.

16 310 790 Polizisten / 357 168 Quadratkilometer.

Aufklärungsrate liegt nur halb so hoch wie im Bundesschnitt. Die Häufigkeitszahl liegt mit 341 Wohnungseinbrüchen pro 100 000 Einwohner sechsfach höher als in Thüringen mit 69 Einbrüchen und 0,45 Polizisten pro Quadratkilometer. Berlin ist ein Paradebeispiel für eine kriminalpolitische Fehlsteuerung des öffentlichen Systems. Schlechte Polizeikoordination wird durch Überstundenzahlung honoriert.

Es ist eine Ignoranz aller bisherigen Erfahrungen der Jahre 1953 bis 2015 und des Bundesländervergleichs, dass für eine derartig miserable Leistungsperformance bei der Bearbeitung des Wohnungseinbruchs die Berliner Polizei jetzt auch noch 600 neue Stellen bekommen soll. Hamburg erhöht 2012 bis 2015 die Anzahl der Polizisten um 92, welches die Wohnungseinbruchs-Häufigkeitszahl von 394 auf 511 rapide ansteigen lässt. Das Bundesland Bremen baut 2012 bis 2015 84 Polizeistellen ab, so dass der Wohnungseinbruch in der Stadt Bremen um -9,1% von 2014 zu 2015 zurückgeht.